GP 1.2 Feminismus ins Grundsatzprogramm!

Antragsteller*in: Anna Langsch (KV Kiel)

## Änderungsantrag zu GP 1

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:
Bundesvorstand, das Grundsatzprogramm um ein eigenes Kapitel zu Feminismus zu erweitern.

Es ist darauf hinzuwirken, dass intersektionale, queer-feministische Positionen einbezogen werden.

Von Zeile 7 bis 15:
~~Es ist darauf hinzuwirken, dass intersektionale feministische Positionen einbezogen werden.~~

~~Dabei ist die Herausforderung anzunehmen, einerseits die für Frauen noch immer bestehenden geschlechtsspezifischen Benachteiligungen klar als solche zu benennen und andererseits dem gesellschaftlichen Zwang einer binären Systematik zu begegnen.~~

~~In einem eigenen Kapitel zu Grünem Feminismus ist hierzu eine differenzierte Positionierung zu entwickeln, das unserem politischem Handeln eine klare Orientierung geben kann.~~

- Dabei ist die Herausforderung anzunehmen, die für Frauen noch immer bestehenden geschlechtsspezifischen Benachteiligungen klar als solche zu benennen und ihnen entgegenzuwirken.

- Weiterhin ist der politische und gesellschaftliche Blick für weitere Diskriminierungsursachen zu schärfen, die eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts oder von Geschlechtsmerkmalen begründen können; so sind trans*, inter* und nicht-binäre Menschen in hohem Maße von individueller und struktureller Diskriminierung betroffen, welche ihren Hauptursprung in der noch immer vorherrschenden Zweigeschlechterordnung hat. Diesen Benachteiligungen stellen wir uns entschieden entgegen.
  Auch parteiintern setzen wir uns für die Förderung der (politischen) Teilhabe von trans*, inter* und nicht-binären Menschen ein.

- In einem eigenen Kapitel zu Grünem Feminismus ist hierzu eine differenzierte Positionierung zu entwickeln, die unserem politischen Handeln eine klare Orientierung geben kann.

## Begründung

Dem Ursprungsantrag stimme ich uneingeschränkt zu.

Grüner Feminismus muss 2019 und in Zukunft aber mehr können und wollen als die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen von Frauen. Der Kampf gegen geschlechterspezifische Diskriminierung muss solidarisch geschlagen werden und auch andere von diesen Diskrimínierungsformen betroffenen Gruppen müssen klar benannt werden.

Für trans*, inter* und nicht-binäre (TINO) Menschen sind in Deutschland eine Reihe von Menschenrechten weiterhin nicht realisiert; sie sind Ziel von Anfeindungen und Gewalt. Ihnen eine Stimme zu geben, sollte ein weiterer Markenkern (queer)-grünen Feminismus sein,

## Unterstützer*innen

Gazi Sikican (KV Kiel); Jonathan Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Friederike Rathgens (KV Schleswig-Flensburg); Ellen Kittel (KV Flensburg)